Felix Dirsch

Die liberale Demokratie und ihre populistischen Kritiker

Umrisse einer katholischen Perspektive

1. Die liberale Demokratie in Europa ist nicht mehr unangefochten

Unzähligen Kommentatoren des Zeitgeschehens erscheint die Europäische Union als gefährdet. Unlängst hat der FDP-Abgeordnete *Marco Buschmann* als einer von vielen ein flammendes Plädoyer zur Verteidigung der liberalen Demokratie vorgelegt.[1] Schriften wie die jüngst von dem Wiener Verhaltensbiologen *Kurt Kotrschal* vorgelegte mit dem Titel „Sind wir Menschen noch zu retten?" stellen sogar die liberale Demokratie als besten Ausdruck unserer evolutiv entwickelten Natur heraus.[2] Nur eine liberale Demokratie mit breiter Partizipation, Gleichstellung der Geschlechter und starker Gemeinwohlorientierung sei in der Lage, das Überleben des Menschen und des Planeten zu gewährleisten. Der Wiener Gelehrte stuft die Feinde der liberalen Demokratie auch als Feinde einer menschlichen Politik und Natur ein.

Allen (meist aus Kalkül übertriebenen) Sorgen um das Phänomen „liberale Demokratie" zum Trotz ist nach 1989/90 wenigstens tendenziell eine ungemeine Überheblichkeit, ein Quasi-Fundamentalismus der herrschenden liberalen Eliten festzustellen. Man hat (im Anschluß um *James C. Scott*) von „liberaler Monokultur" gesprochen, die Räume und Zeichen verachtet, sofern sie nicht mit ihren Prinzipien vereinbar sei. Die Entstehung des Populismus brachte einige übermütige Sieger von 1989/90 wieder auf den Boden der Tatsachen.

So geistert im Anschluß an eine berühmt gewordene Rede *Viktor Orbans* in Rumänien das Schreckgespenst (jedenfalls für viele Linke und Liberale) der „illiberalen Demokratie" durch diverse Medien. Schon allein eine solche Redeweise treibt einigen Vertretern des Establishments den Schweiß auf die Stirn, wenn es sich bei nüchterner Betrachtung auch um keine Alternativ-Konzeption handelt. Das erkennt man schon daran, daß „illiberale Demokratie" als Gegenentwurf zu diversen Fehlentwicklungen des liberalen Pendants exponiert wird, etwa gegen schrankenlose Einwanderung.

Allerdings liegt bisher kein größeres positives Konzept vor, das verschiedene politische, gesellschaftliche und kulturelle Bereiche im Sinne einer „illiberalen Demokratie" ausbuchstabieren könnte. Sicher kommen Formen der „illiberalen Demokratie", die die Exekutive auf Kosten anderer Elemente des politischen Systems stärken will, nicht ohne liberale Bestandteile aus. Diese sollen aber in Politik und Justiz nicht so exponiert sein, daß die für Demokratie notwendige relative Homogenität zerstört wird.

Obwohl die Strukturen liberaler Demokratie in den meisten Staaten der EU, erst recht auf der Ebene der EU intakt sind, scheint es für ihre Verfechter in den linken wie liberalen Eliten nach der Finanzkrise am Ende der 2000er Jahre und nach der Migrationswelle von 2015/16 nicht mehr rund zu laufen. Man spricht vermehrt von einer Zäsur für Liberalismus wie liberaler Demokratie. Die zunehmende Spaltung beziehungsweise Fragmentierung der Bevölkerung ist seither in aller Munde. Erwähnt sind stellvertretend für andere Erklärungsversuche die idealtypische soziale Dichotomisierung in „Somewheres“ und „Anywheres“.[3]

Hinter derartigen Deskriptionen des Zusammenlebens stehen in politiktheoretischer Hinsicht zwei paradigmatische Sichtweisen im Verhältnis des Einzelnen zur Gesellschaft: die Welt *Immanuel Kants* und die Welt *Carl Schmitts*, der auch in gegenwärtigen Debatten über die omnipräsente Krise des Liberalismus häufig angeführt wird[4]. In ganz groben Zügen kann man feststellen: Für *Kant* stehen individuelle Freiheiten, eine bestimmte Sicht von Vernunft und Verantwortung im Vordergrund.

Liberalität statt Demokratie, könnte man zusammenfassen. *Schmitt* stellt den Primat der Gesellschaft, Homogenität, die Gleichheit nach innen und die Abgrenzung nach außen heraus. In der Nachfolge *Rousseaus* ist der Vorrang eines bestimmten Modells von Demokratie im Gegensatz zum Liberalismus bei dem Staatsrechtslehrer unverkennbar. Wie sich dieser gegensätzliche Ansatz in der politischen Praxis niederschlägt, zeigen die verschiedenen Akzentuierungen einiger osteuropäischer Staaten im Unterschied etwa zu Deutschland und Frankreich.

Über die Bruchstellen der Liberalen Demokratie in ideengenealogischer Hinsicht ist viel geschrieben worden. Manche Autoren gehen sogar von einem echten Widerspruch von Demokratie und Liberalismus aus. Aus der Fülle greife ich zwei von diesen Ansätzen heraus.

Zu den prominenten Autoren zählt *Carl Schmitt*. In seiner Schrift „Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus“ arbeitet er den Kontrast zwischen Liberalismus, für den Ungleichheit stets zentral ist, und der Auffassung von Demokratie heraus, deren wichtigstes Kriterium Homogenität ist. In diesem Kontext setzt er die liberal-bürgerliche Klasse, die über weite Strecken im 19. Jahrhundert den Parlamentarismus bestimmt, in Gegensatz zum massendemokratischen Parlamentsbetrieb der 1920er Jahre, der stark vom Lobbyismus geprägt sei.

Als weiteres Beispiel für die Annahme eines Widerspruchs zwischen Liberalismus und Demokratie ist auf die Demokratie-Kritik eines Libertären zu verweisen: *Hans-Hermann Hoppe* bezeichnet die Demokratie als Gott, der keiner sei. Er sieht in demokratischen Systemen die Tendenz nach einer Ausweitung der Staatsschulden und zu Angriffen auf das Privateigentum und die Geldwertstabilität. Alles, was dem Liberalen heilig ist, wird in der Demokratie mehr oder weniger negiert. Er präferiert eine natürliche Ordnung, was immer darunter zu verstehen ist. Seine relativ positive Sicht der Monarchie hat ihm bisweilen den Ruf

eingebracht, Monarchist zu sein. Jedenfalls ist er ein starker Gegner der Umverteilungsdemokratie.

Auch in der aktuellen Debatte zeigen sich die Bruchlinien liberaldemokratischer Konstitutionen. Die universalistische Grundausrichtung des Liberalismus steht in einem einmal mehr, einmal weniger offenen Widerspruch zum demokratischen Prozedere, das eine wenigstens relative Homogenität auf nationalstaatlicher Ebene voraussetzt. Diese Diskrepanzen klingen theoretisch, sind aber in hohem Maß praktisch. Durch Masseneinwanderung und schleichenden Bevölkerungsaustausch, die nicht zuletzt von Vertretern des universalistischen Liberalismus in Kauf genommen werden, erodiert zumindest langfristig die Grundlage der für demokratische Entscheidungen notwendigen Homogenität.

Niemand wird glauben, daß in den sich immer stärker verbreitenden, vornehmlich muslimischen Parallelgesellschaften das Interesse am deutschen Staat besonders hoch sei. Die Krux auch des heutigen Liberalismus liegt darin, daß er seinen Totengräbern die Tore aufschließt. Heute profitieren davon vor allem islamische Kontingente, deren Anteil in Europa sukzessive zunimmt.

Repräsentanten der „illiberalen Demokratie“ wie der ungarische Ministerpräsident haben auf diese Krux wiederholt hingewiesen. Daß *Orban* diesen Begriff verwendet hat, ist nicht nur tagespolitischer Strategie geschuldet, sondern rekurriert impliziert auf soziokulturelle Hintergründe: Stärker agrarisch geprägte Gesellschaften wie Ungarn oder stärker religiöse fundierte wie Polen legen eher Wert auf Nationalstolz und Autorität denn früh industrialisierte und individualisierte.

Vor diesem Hintergrund verwundert es nicht, daß *Orban* statt „illiberaler Demokratie“ auch den Terminus „christliche Demokratie“ verwendet, wohl wissend, daß der Zusammenhang von Christentum und Demokratie historisch deutlich enger verbunden sind als Christentum und Liberalismus. Religiös-kulturelle Faktoren wirken sich stärker in der Politik aus. Nicht außer Acht zu lassen sind kapitalismus- und neoliberalismus-kritische Hintergründe, die auch mit der kommunistischen Vergangenheit zusammenhängen. *Orban* weiß, daß mit ausschließlich liberalen Grundsätzen kein Staat zu machen ist. Die ungarische Verfassung setzt dem reinen Individualismus Schranken, wenn sie darauf insistiert, daß „sich die individuelle Freiheit nur im Zusammenwirken mit Anderen entfalten“ kann.

Auch die EU versteht sich als liberal ausgerichtete Demokratie. Hier ist sie noch weniger als anderswo verwirklicht. Der rechtskonservative Philosoph *Ryszard Legutko*, über Jahre hinweg Abgeordneter im EU-Parlament, fällt ein vernichtendes Urteil: „Die Europäische Union widerspiegelt das System und den Geist der liberalen Demokratie in ihrer am meisten entarteten Form. Wenn Wahlen und die in sie eingebaute Möglichkeiten, die Regierung und ihr Programm auszutauschen, die größte Stärke der Demokratie sind, so hat die EU alles getan, um diese Möglichkeit auf ein Minimum zu reduzieren“.[5]

Sowohl die Kommission als auch andere, mit großer Machtfülle verbundene Schlüsselpositionen werden von politischen Eliten ausgekungelt, etwa die Mit-

glieder des Europäischen Gerichtshofes oder die der Europäischen Zentralbank. Sie sind praktisch nicht kontrolliert. Die Gewaltenteilung fehlt auf EU-Ebene, Kommission und Rat nehmen exekutive wie legislative Aufgaben wahr.

Kritiker wie *Legutko* oder *Schöpflin* wissen, daß die herkömmliche Intoleranz des kommunistischen Universalismus heute zumeist vom liberalen übernommen wird, der diverse Partikularismen wie Religion, Nation und Familie verächtlich macht oder zumindest depotenzieren will. Institutionell wird dieser liberale Universalismus in starkem Maße von den immer einflußreicheren Brüsseler Eliten vertreten.

Das demokratische Defizit wird gern mit dem Hinweis gerechtfertigt, die EU sei kein Staat und müsse deshalb mit anderen Maßstäben gemessen werden. *De jure* ist dieser Hinweis nicht falsch, *de facto* jedoch schrammt die derzeitige Gestalt der EU knapp am Bundesstaat vorbei.

Diverse Urteile des Bundesverfassungsgerichts betonen daher ein großes „Noch“: Noch sei die EU kein Bundesstaat. Die führenden Eliten gerade in Deutschland nutzen selbst den schmerzhaften Einschnitt „Corona“, um die Zentralisierung der Macht auf Brüsseler Ebene weiter voranzutreiben, etwa die Wirtschafts- und Finanzunion. In einem Interview erklärte der amtierende Bundestagspräsident: „Die Corona-Krise ist eine große Chance. Der Widerstand gegen Veränderung wird in der Krise geringer. Wir können die Wirtschafts- und Finanzunion, die wir politisch bisher nicht zustande gebracht haben, jetzt hinbekommen (…)“.[6]

Für Vordenker des postnationalen Einheitseuropas wie *Jürgen Habermas* ist die EU lediglich eine Vorstufe zum Weltstaat, der „großen Gleichschaltung“ (*Norbert Borrmann*). Liberaler Universalismus führt in letzter Konsequenz stets über den Nationalstaat hinaus. Gerade die EU-Kommission ist der Prototyp einer liberalen Scheindemokratie: Es gibt keinen Demos, der sie wählt, legitimiert oder kontrolliert. An dessen Stelle treten vielfach Kontakte zu Nichtregierungsorganisationen, Think Tanks und Lobbyisten aller Art. Debatten finden in Brüssel statt, und deren Ergebnisse werden nicht selten den Bürgern der Staaten aufgedrückt. Unionsrecht genießt Vorrang vor nationalem Recht.

Ein anderer rechtskonservativer Europapolitiker aus Osteuropa, *György Schöpflin*, sieht die Demokratie in Europa nach 1989/90 vom Grundzug eines hegemonialen, „quasi-fundamentalistischen Liberalismus“ geprägt.[7] Dieser werde durch eine suprastaatliche Elite mit Hilfe eines deterministischen Geschichtsbilds und einer spezifischen Sicht der Menschenrechte durchgesetzt. Der Furor der Antidiskriminierung, letztlich ein Postulat zugunsten eines schwer definierbaren Einheitsmenschen, richtet sich im Kern gegen alle Partikularismen: gegen Klassen, gegen Geschlechter, gegen Rassen, gegen Nationen und Religionen.

Schöpflin hebt hervor, daß solche Zielsetzungen notwendigerweise kollidieren mit politischen Vorstellungen, die in Räumen verbreitetet sind, deren Bewohner über Generationen von Unterdrückung und aufgezwungener Modernisierung geprägt wurden. Hier haben andere Identitätsmarker ein größeres Gewicht: Religion, Nation, Geschichte und Autorität. Solche Prägekräfte werden in vielen

westlichen Gesellschaften vom politmedialen Komplex entweder relativiert oder gar negiert. So erstaunt es nicht, daß sich in den 2010er Jahren Widerlager bilden. Zu solchen Antidota zählen vor allem populistische Bewegungen und deren Anführer.

2. Die populistische Alternative zur liberalen Demokratie

Der Populismus, seit Mitte der 2010er Jahre Thema unzähliger Debatten[8], läßt sich als facettenreiches Antidot gegen vielfältige Erscheinungen begreifen, die man als Übertreibungen des liberaldemokratischen Systems und seines (wenn man so will) liberalglobalistischen Überbaus beschreiben kann.

Stellvertretend für andere Zielsetzungen sind folgende programmatische Punkte zu exponieren: die Kritik an den sozialen Verwerfungen der Globalisierung (daher die zumeist nationalen Akzentuierungen); die negative Sicht der partiellen Entmachtung der Nationen und Völker durch übernationale Einrichtungen wie die UN und die EU; einen antielitären Effekt gegen „die da oben"; eine Befürwortung direkt-demokratischer Mitbestimmung der von Entscheidungen betroffenen Menschen und stärkere Wahrnehmung der Interessen von Einheimischen; Widerstand gegen radikale emanzipatorische und konstruktivistische Strömungen wie Feminismus und (in seinem Schlepptau) Gendermainstreaming.

Die antiglobalistische Stoßrichtung macht die entsprechenden Bewegungen selbst zu einer globalen Bewegung mit national stark verschiedenen Akzenten: Die populistischen Akzente des Brasilianers *Jair Bolsonaro* sind nicht identisch mit denen des früheren US-Präsidenten *Donald Trump* und diese wiederum etwas verschieden von der Programmatik des französischen Rassemblement National und der polnischen PiS. Es macht einen Unterschied, ob der Populismus in Regierungsverantwortung steht oder oppositionell agiert.

Wie bei allen grundlegenden Begriffen der politisch-sozialen Sprache sind auch bei dem des Populismus polemische Untertöne stets präsent, sei es *pro sei* es *contra*. Führt für die einen Populismus zum „Zerfall der Demokratie" (*Yascha Mounk*), werten ihn andere als „Schrei der Völker, die nicht sterben wollen" (*Philippe de Villiers*). Oder, um mit *Alexander Gauland* zu sprechen: „Populismus entsteht, wenn ein Establishment den Gesellschaftsvertrag mit einem Volk mehr oder weniger aufkündigt".

Auch die kulturelle Grundierung der populistischen Kräfte ist keinesfalls einheitlich. Länder wie Polen und Ungarn, die lange Zeit stärker agrarisch geprägt waren und einen anderen Weg in die Moderne beschritten haben als die Staaten in Mittel- und Westeuropa, lassen stärkere kirchlich-christliche Einflüsse im politischen Leben erkennen. Diese Akzente prägen auch die dortige „populistische" Regierungspolitik, sofern man überhaupt „Fidesz" und „PiS" zu dieser politischen Familie rechnen will[9]. Beim französischen Rassemblement National sind hingegen deutlich säkularistische Einflüsse festzustellen, ebenfalls bei der österreichischen FPÖ und bei *Geert Wilders*' PVV in den Niederlanden. Etwas stärker gewichtet sind die katholischen Hintergründe bei der italienischen LEGA.

Innerhalb der „Alternative für Deutschland“ macht sich eine sehr aktive Gruppe bemerkbar, die christliches Gedankengut in dieser Partei offensiv zum Ausdruck bringen will.[10] Deutlich waren aber die Worte *Alexander Gaulands*, der die AfD nicht als „christliche Partei“ sieht, christliche Elemente aber immerhin befürwortet. Der Populismus *Trumps* beziehungsweise der US-Republikaner ist nicht ohne massive evangelikale Unterstützung denkbar.[11]

Sachliche Einwände gegen populistischen Politikstil zu finden ist relativ einfach. Da es sich zum Teil um Antibewegungen handelt, haben diese es schwer, sich dauerhaft zu behaupten, wenn sie in Regierungsverantwortung stehen. Oftmals erfüllen sie das Vertrauen nicht, das der Wähler in sie gesetzt hat. Die Krise der FPÖ als Konsequenz des „Falls *H.C. Strache*“ ist ein Beispiel. Auch der frühere US-Präsident *Trump* wurde – trotz unstrittiger Erfolge – nicht für eine zweite Amtszeit gewählt. Sein Auftreten dürfte nicht wenig zu seiner Niederlage beigetragen haben. Grundsätzlich haben Anti-Establishment-Parteien Probleme, qualifiziertes Personal zu finden, das ja wiederum nur aus entsprechenden Elitekreisen rekrutiert werden kann. Darüber hinaus haben sämtliche der genannten Vereinigungen sowohl die internationalen wie die nationalen Qualitätsmedien gegen sich, was durch die so genannten „Freien Medien“, die oppositionell agieren, nicht aufgewogen werden kann. Weiter ist offenkundig, daß Kritik oft leichter ist als die Formulierung und (noch wichtiger) Umsetzung von Zielen in der Regierungsverantwortung.

Ende 2020 erkennt man überaus deutlich eine Schwächung populistischer Kräfte: *Trump* abgewählt, die AfD tief in Flügelkämpfe verstrickt, Rassemblement Nation und FPÖ schon seit einiger Zeit im Niedergang begriffen. Ob die rechte Welle gebrochen ist, wird sich erst aus späterer Perspektive zeigen. Jedenfalls liegen Anzeichen für eine solche Diagnose vor.

Unabhängig vom Erfolg rechtspopulistischer Parteien und der Plausibilität ihrer Argumentationstopoi ist zu konstatieren: Die „liberale Demokratie“ stellt ungeachtet aller Verdienste keinesfalls das „Ende der Geschichte“ dar. Eine solche Perspektive ist unhistorisch. Bereits der Hauptvertreter des klassischen Modells des politischen Denkens, *Platon*, aber auch dessen Erben im 20. Jahrhundert wie die Politiktheoretiker *Leo Strauss* und *Erik Voegelin* arbeiteten bei allen Staatsformen auf lange Sicht eine Tendenz zum Niedergang heraus.[12]

Diese Abwärtsbewegung schließt auch die demokratische wie liberale Ordnung ein. Bereits ein herausragender Philosoph wie *Martin Heidegger* hat in seinem legendären „Spiegel“-Interview von 1966 Zweifel geäußert, ob die Demokratie eine angemessene Staatsform für das technische Zeitalter sei. Heutige Repräsentanten mächtiger technizistisch-transhumanistischer Strömungen wie der Historiker *Yuval N. Harari* negieren offen die Kompatibilität von Liberalismus und Demokratie mit den neuen Digitaltechniken, die mit Hilfe großer Datenmengen Entscheidungen des Menschen besser und schneller kennen als dieser selbst.

Eine Glorifizierung der liberalen Demokratie, die zweifellos diverse zustimmungsfähige Inhalt besitzt, ist also unangemessen. Wie soll sich die katholische Sozialethik in dem idealtypischen Streit zwischen dem distinkten Populismus auf

der einen Seite und den linken sowie liberalen Eliten auf der anderen positionieren?

3. Mehr Populismus oder mehr Liberalglobalismus?

Glaubt man höheren geistlichen Würdenträgern, Vertretern der theologischen Fakultäten, aber auch Publizisten und sonstigen Sprachrohren, so ist die Grundhaltung klar: Katholischer Glaube und Populismus sollten sich wie Weihwasser und Teufel zueinander verhalten.[13]

Wie läßt sich das lehramtliche Verhältnis zu Liberalglobalisten wie Populisten beschreiben? Ein Blick auf die herkömmliche katholische Lehrdoktrin ist hier lohnenswert. Auch in früheren Epochen war bekannt, daß man die Glaubensdoktrin nicht eins zu eins auf gesellschaftlich-politische Zusammenhänge übertragen kann.

Der hochmittelalterliche Denker *Thomas von Aquin* erschuf in Anlehnung an *Aristoteles* eine Sichtweise von Glauben und Politik, die man weit später als „Indifferenzlehre" bezeichnet hat. Demnach ist der christliche Glaube mit allen guten Staatsformen des *Aristoteles* zu verbinden: Monarchie, Aristokratie und Demokratie. Der *Thomas*-Verehrer Papst *Leo XIII*, hat im späten 19. Jahrhundert an diese Doktrin des großen Kirchenlehrers erinnert („Immortale dei") und damit einige Zeit später den Befürwortern der Weimarer Demokratie Argumente an die Hand gegeben. Der Sozialethiker *Peter Tischleder* wies die Absicht einiger katholischer Legitimisten zurück[14], die Kirchen auf ewig an die Monarchie zu ketten.

Der faktische Trend zur Indifferenz zeigte sich Jahrhunderte nach *Thomas* auch im Anschluß an die Französische Revolution. Diese große neuzeitliche Zäsur war der hauptsächliche Katalysator für die Brechungen des politischen Spektrums. Prominente Katholiken votierten – ohne ihren Glauben zu verlieren – unterschiedlich.[15] Es gab vehementen Widerspruch gegen die Revolution seitens der Traditionalisten (*de Maistre, de Bonald*, der frühe *Lamennais*). Weiter bildete sich die Strömung des katholischen Liberalismus (*Lamennais, Buchez*), die die Trennung von Staat und Kirche grundsätzlich positiv wertete. 1870 entstand vornehmlich in Frankreich und Deutschland eine ausgedehnte Sozialbewegung, ein Linkskatholizismus, der auf die gesellschaftlichen Probleme der Zeit einging.

Der Papst drängte auf eine Einigung mit der Republik. Die päpstliche Bejahung der Demokratie bezog sich jedoch nur auf den sozialen Bereich, nicht auf den politischen. Demokratie wurde in kirchlicher Lesart lange Zeit als „Dienst fürs Volk" verstanden. Doch selbst in dieser Sicht der Demokratie – nämlich als soziales und nicht politisches Phänomen – zeigen sich gewisse Affinitäten des Lehramtes zu dieser Staatsform – jedenfalls stärkere als zum Liberalismus. 1944 verwendete Papst *Pius XII.* in seiner Weihnachtsansprache den Begriff „Demokratie" erstmals im eindeutig politischen Kontext. Seither gilt christliches und demokratisches Gedankengut beinahe als untrennbar.

Die alte Indifferenzlehre verblieb seither nur noch als Feld theoretischer Auseinandersetzungen. Sie hatte auch in der katholischen Publizistik lange Zeit ihren

Widerhall gefunden. *Carl Schmitt* gebraucht in einer erhellenden Schrift den Begriff der *complexio oppositorum*:[16] Das Papsttum repräsentiert demnach das monarchische Element, das Kardinalskollegium das aristokratische, das breite katholische Verbands- und Parteienwesen wiederum das demokratische.

Von den geschichtlichen Erfahrungen kann man nur bedingt auf die Gegenwart schließen. Das bedeutet aber nicht, daß sämtliche Analogiebildungen in Bezug auf die heutige Situation irrelevant wären. Die etwas grobschlächtige Gegenüberstellung von Eliten und Volk fordert auch das christliche Bekenntnis heraus. Klar ist, daß es auch hier keine eindeutige Abbildung des Glaubens auf den politischen Bereich geben kann. Es erschließt sich nicht recht, welche Übereinstimmungen zwischen den meist postmodernen Eliten mit ihrer üblichen Befürwortung von Abtreibung, Homosexualisierung und Gender-Mainstreaming (mit dessen Negierung der Schöpfungstheologie) einerseits und der herkömmlichen Sozialethik der Kirchen andererseits vorliegen sollte.

Höhere Kirchenvertreter kennen diese offenkundige Unvereinbarkeit. Daher suchen sie Gemeinsamkeiten eher *in puncto* Migrationsagenda und globalistischen Humanitarismus. Der amtierende Nachfolger Petri liebäugelt mit dem UN-Programm. Kritiker werfen ihm vor, daß unter seiner Ägide die Kirche zu einer profanen Nichtregierungsorganisation zu werden drohe.[17] Viele gläubige Katholiken hätten wohl eine deutlichere Ablehnung des überall, meist sublim geforderten Rechts auf Abtreibung durch den Pontifex gewünscht, das neben der Hungerbekämpfung und der Eindämmung des Klimawandels als wichtiges UN-Ziel gilt. Dieses angebliche Recht wird üblicherweise getarnt mit den unverfänglich scheinenden Worten „reproduktive Gesundheit und reproduktive Rechte“.

Der erwähnte Widerstand in Ländern wie Ungarn und Polen gegen eine zentralistische Vereinnahmung durch liberalglobalistisch ausgerichtete EU- und sonstige Eliten wäre nicht so groß, hätten nicht religiöse und kulturgeschichtliche Einflüsse die Kollektividentität der betreffenden Länder nachhaltiger bestimmt, als das in anderen Regionen in Europa der Fall ist. Aus diesem Grund sind die Reserven gegen Massenmigration und dem dadurch bedingten Identitätsverlust relativ groß.

Betrachten wir den „christlichen Populismus“ am Beispiel der Präambel der ungarischen Verfassung. An einer Stelle heißt es: „Wir sind stolz darauf, daß unser König, der Hl. Stephan I., den ungarischen Staat vor tausend Jahren auf festen Fundamenten errichtete und unsere Heimat zu einem Bestandteil des christlichen Europas machte. Wir sind stolz auf unsere Vorfahren, die für das Bestehen, die Freiheit und die Unabhängigkeit unseres Landes gekämpft haben. Wir erkennen die Rolle des Christentums bei der Erhaltung der Nation an“.

Wie sehr hebt sich ein solches Bekenntnis von Würdenträgern in West- und Mitteleuropa ab, die aus Angst vor dem Vorwurf der Ausgrenzung sogar mit dem Begriff des christlichen Abendlandes nichts mehr anzufangen wissen und diesen entsorgen wollen. Kritische Einwände gegen den erwähnten Satz der ungarischen Verfassung lauten, solche Sätze implizierten eine Instrumentalisierung des Glaubens. Bei genauerem Hinsehen jedoch erkennt man lediglich einen

Rekurs auf traditionelle Prägungen, die bis heute fortwirken. Es ist gewiß keine Schande, wenn manche osteuropäische Staatsmänner wenig Neigung verspüren, ethnosuizidale Tendenzen zu unterstützen.

Die oben erwähnten Debatten über die „illiberale Demokratie“ haben durchaus auch im katholischen Raum Vorläufer. So hat sich der katholische Philosoph und Diplomat *Jacques Maritain* schon früh zur „illiberalen Demokratie“ bekannt.[18] Er verband mit diesem Begriff die Kritik am Kapitalismus und dessen Folgen, zu denen er auch die Schwächung der Familien rechnete.

In Ungarn und Polen akzentuiert der höhere Klerus das Verhältnis Glaube und Politik anders als es in Westeuropa üblicherweise geschieht. Als Beispiel sei der ungarische Bischof *László Kiss-Rigó* genannt, der 2015 von einer muslimischen Invasion nach Europa gesprochen hat. Er weiß um die damit verbundenen Bedrohungen. Ihm sind auch die Rechtsbrüche nicht weniger illegaler Migranten an der Grenze Ungarns bekannt. Sein Regierungschef sieht die christliche Identität des Landes gefährdet und nimmt auch aus diesem Grund den Schutz der Grenzen ernst. In der Slowakei und anderen osteuropäischen Staaten existieren ebenso massive Vorbehalte gegen die schrankenlose Aufnahme Kulturfremder und die drohende Balkanisierung der eigenen Nation.

Ein Bündnis glaubenstreuer Katholiken mit identitären Nationalen in Polen ist Stein des Anstoßes für linksliberale Journalisten. Eine solche Allianz ist keineswegs überraschend, gibt es doch eine tiefe historische Symbiose zwischen Katholizismus und nationalpolnischer Identität. So markierten etwa massenhafte Rosenkranzgebete von rund 150.000 Polen, die an den Sieg der Verteidiger des Abendlandes über islamische Eindringlinge vor Jahrhunderten erinnern wollten, im Herbst 2017 eine starke Bruchlinie gegenüber dem Westen. Hier verteidigen Teile der höheren Geistlichkeit eher den Typus „Cucked Christianity“. Diese Haltung lehnt es ab, die Selbstbehauptung einer Kultur, eines Volkes oder einer Nation zu fördern. In der Praxis bedeutet dies öfters die Hinwendung zu Formen einer Sozialreligion.

Vereinzelt gibt es auch außerhalb Osteuropas höhere Kleriker, die die einseitige Präferenz zugunsten der liberalglobalistisch-antipopulistischen Agenda in Europa und seine politischen Konsequenzen kritisch beäugen. Aufsehen erregte der Inhalt eines Interviews des Weihbischofes von Astana (Kasachstan), *Athanasius Schneider*. Er konstatierte einen von internationalen Mächten geplanten Bevölkerungsaustausch. Nationale und christliche Identitäten würden auf solche Weise langfristig bedroht. Kritiker sprachen diesbezüglich von sinistren Verschwörungstheorien.

Kurienkardinal *Robert Sarah* ist einer der dezidiertesten katholischen Kritiker der Liberalglobalisten. Interessant ist, daß *Sarah* von einer dogmatisch strikt konservativ-glaubenstreuen Position aus urteilt und gerade deshalb Nation und Identität der Völker grundsätzlich positiv betrachtet. Globalismus und Migrationseuphorie werden von ihm hingegen negativ bewertet. Zu den Verheißungen einer Welt ohne Grenzen stellt er ohne Umschweife fest: „Leider ist die Europäische Union das Kind einer solchen Schimäre. Die Aufhebung der alten Grenzen

löscht die Identität der herkömmlichen Nationen aus. Die Wurzeln, die jahrtausendealte Geschichte und die Kultur der verschiedenen Länder haben keinerlei Gewicht mehr […]. Kein Wunder, wenn sich die Völker dagegen wehren, daß man ihre Identität und Geschichte, ihre Sprache und ihre Einzigartigkeit auslöschen möchte. Man will die Geschichte der Staaten auf dem Altar der finanziellen Interessen opfern. Doch das ist eine gefährliche Utopie".[19]

Von solchen generellen Ansichten ist es nicht weit zu einer kritischen Perzeption des UN-Migrationspaktes, aber auch zu einer bejahenden Sicht der Nation: „Die Nationen sind wie große Familien." Zur Wunschvorstellung einer Neuen Weltordnung heißt es: „Die Führungsschichte der UNO träumt von einer globalen Regierung, welche die einst so unterschiedlichen Völker, Kulturen und Traditionen gemeinsam leiten soll. Dieser Traum ist Wahnsinn".[20] Gerade partielle Distanz zu politischen Aussagen des Lehramtes verhindert ein zeitgeistig-linksliberales Mitläufertum bei wichtigen staatlichen Weichenstellungen. So kann man die grundlegende Perspektive rechtskatholischer Vertreter in der unmittelbaren Gegenwart in Kurzform umschreiben.

Doch auch theologisch gibt es (zumindest weitläufige) Affinitäten zum Populismus. Dies gilt mehr im Grundsätzlichen als im Detail. Die theologische Kategorie „Volk Gottes", die seit dem Zweiten Vatikanischen Konzil eine steile Karriere erlebt, ist wenigstens kurz zu erwähnen. Über Jahrhunderte präsentierte sich die katholische Kirche als Eliteherrschaft *par excellence*. Kleriker stellten fast ausschließlich das Führungspersonal dar. Seit dem letzten Konzil kam es zum langsamen „Abschied von der Ständekirche" (*Peter Neuner*). Folgerichtig gibt es ein verbreitetes Plädoyer für eine „Theologie des Gottesvolkes".[21] Die Notwendigkeit der Zusammenarbeit von Laien und Kleriker wird allenthalben hervorgehoben.

Vor rund fünf Jahrzehnten begannen, parallel zu diesen theologischen Kontroversen, die Debatten über politisch-soziale Reformen, die unter dem Stichwort „Demokratisierung der Kirche" ausgetragen wurden.[22] Nicht zufällig werden vor dem Hintergrund aktueller Populismus-Diskussionen bekannte Fragestellungen aktualisiert – meist sehr einseitig.[23] Während seit den 1960er Jahren vermehrt Bücher zum „Neuen Volk Gottes" als Umschreibung der Kirche auf den Markt kommen[24], ist seit kurzem eine Wende zu beobachten. Da die Ablösung Israels als das (so die traditionelle Sicht) „alte Volk Gottes" durch das neue, die Kirche, als problematisch begriffen wird, werden auf der theologischen Ebene neue Akzente gesetzt. Juden und Christen werden nun als das eine Volk Gottes gesehen.[25]

Zusammenfassend ist festzuhalten: Die liberale Demokratie liegt nicht im Todeskampf, wie Liberalglobalisten und ihre medialen Lautsprecher gern behaupten.[26] Ein solcher substanzloser Alarmismus soll die eigene Hegemonie bewahren. In Regionen, die bei allen Umbrüchen immer noch weithin von hohem Konsum und Individualismus geprägt sind, ist diese Staats- und Regierungsform immer noch deutlich mehrheitsfähig – aller etwaigen Kritik zum Trotz. *David Goodhart* schreibt in seiner viel diskutierten Veröffentlichung, daß die Bereitschaft zum Kompromiß und zur zivilen Ordnung in den Gesellschaften in West-

wie Mittel- und Europa überwiege. Nichtsdestotrotz darf die offene Flanke der offenen Gesellschaft keinesfalls unkritisch übergangen werden.

Der Populismus mit seinem angeblichen Ziel, die liberale Demokratie zu zerstören, wird in der öffentlichen Diskussion fast einhellig verurteilt, ohne zu fragen, ob es sich bei den verurteilten Phänomenen um konstitutionelle (und damit legitime) Spielarten handelt oder nicht. Meist ist die Frage zu bejahen. Ausgeblendet wird in vielen Debatten gern die Perspektive, die den Populismus in seinen distinkten Erscheinungsformen als innerstaatliche und -gesellschaftliche Reaktion auf Defekte eines arroganten Liberalglobalismus begreift, dessen Vertreter die Interessen des eigenen Volkes öfters negieren und weithin nur noch globalistische Zielsetzungen verfolgen:[27] Ins Auge fällt dabei der Bogen von der Migrationsagenda über die partiell selbstschädigende Euro- und Corona-Rettung bis hin zum Tanz um das goldene Klima-Kalb unter Inkaufnahme der schrittweisen Deindustrialisierung einiger zentraler Wirtschaftszweige wie der Autobranche.

Auch die Auseinandersetzung mit dem Populismus in seinen diversen Varianten bedarf der Differenzierung: Kritikwürdig ist, einen „reinen" Volkswillen zu konstruieren und sich dann als dessen Repräsentanten aufzuspielen; denn ein solcher existiert nicht. Zu verteidigen ist aber die populistische Grundhaltung, wenn ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung, der nicht adäquat in öffentlichen Medien vertreten ist, durch diese eine Stimme erhält. Man hat von einer „Repräsentationslücke" (*Werner Patzelt*) gesprochen, die Populisten mitunter zu füllen beabsichtigen. Dieses Anliegen ist begreifbar und keinesfalls in toto abwegig.

Vor dem Hintergrund der Indifferenzlehre kann es aus katholischer Perspektive weder ein eindeutiges Votum für den populistischen noch für den liberalglobalistischen Idealtypus geben. Dieses Urteil impliziert jedoch nicht unbedingt Äquidistanz. Doch aus historischen und kulturellen Gründen stehen „Populisten" (jedenfalls in vielen Fällen) dem Glauben in wohlbestimmter Hinsicht näher – nicht nur in östlichen EU-Ländern. Auch für viele evangelikale Unterstützer *Trumps* ist das christliche Fundament leicht zu belegen.

In historischer Perspektive zeigen sich zumindest seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts immer stärkere Verbindungen des Katholizismus zu verschiedenen Varianten der Demokratie. Gleichzeitig ist jedoch eine scharfe Distanzierung vom Liberalismus zu konstatieren. Der Bogen läßt sich von der Verurteilung *Lamennais* 1832 („mirari vos") bis zum „Syllabus errorum" durch Papst *Pius X.* und darüber spannen, der 1864 bloß profan-individualistisch fundierte Menschenrechte zurückweist. Von den herausragenden katholischen Gelehrten des letzten Jahrhunderts hat *Jacques Maritain* Argumente dafür geliefert, warum das Plädoyer zugunsten einer „illiberale Demokratie" nicht pauschal antikatholisch sein muß, so sehr diese Meinung auch von zeitgeistkonformen Teilen des Katholizismus vertreten wird.

Analysiert man das Verhältnis der populistischen Spielarten zum katholischen Glauben, so darf man die Bedeutung der Kategorie „Volk" in der kirchlichen Lehrverkündigung der letzten Dekaden nicht unterschlagen. Spätestens seit dem Zweiten Vatikanum ist das „Volk Gottes" in vielen theologischen Entwürfen

präsent. Diese Wende ist auch in den aktuellen Debatten zu berücksichtigen, wenngleich das empirische Volk mit dem „Volk Gottes“ selbstverständlich nicht gleichzusetzen ist[28]. Progressive Theologen wie *Walter Lesch*, Herausgeber des Sammelbandes „Christentum und Populismus“, haben wohl nicht unrecht, wenn sie eine gewisse inhaltliche Schnittmenge zwischen Christen und Populisten im Grundsätzlichen konstatieren, so sehr diese Tendenz aus ihrer Sicht abzulehnen ist. Am Faktum ist allerdings nicht zu rütteln.

Anmerkungen

1) Marco Buschmann: Die sterbliche Seele der Freiheit. Zur Verteidigung der liberalen Demokratie, Zürich 2020.

2) Kurt Kotrschal: Sind wir Menschen noch zu retten? Gefahren und Chancen unserer Natur, Salzburg 2020.

3) Populär geworden ist diese Differenz durch die Monographie von David Goodhart: The Road to Somewhere. Wie wir Arbeit, Familie und Gesellschaft neu denken müssen, dt. Übersetzung Iffeldorf 2020.

4) Dazu ausführlich Andreas Heuer: Carl Schmitt und die Krise des gegenwärtigen Liberalismus, Berlin 2019.

5) Ryszard Legutko: Der Dämon der Demokratie. Totalitäre Strömungen in liberalen Gesellschaften. Deutsch von Krisztina Koenen, Wien 2017.

6) Zur Resonanz siehe die Hinweise: https://jungefreiheit.de/politik/ deutschland/ 2020/schauble-nationalstaat/

7) Ausführlicher: György Schöpflin: Mitteleuropa in der Falle. Zur Mesalliance mit der EU, in: Osteuropa. Unterm Messer. Der illiberale Staat in Ungarn und Polen 68 Jg. Heft 3-5 (2018), S. 323-351; eine ähnlich kritische Haltung gegenüber dem Liberalglobalismus als der besten allen Welt findet sich bei Slavko Leban: Irrungen und Wirrungen Europas: Mensch und Masse in der modernen Gesellschaft, Graz 2020.

8) Aus der Literaturfülle stellvertretend für viele negative Deutungen: Jan-Werner Müller: Was ist Populismus? Ein Essay, Berlin 2016; Yascha Mounk: Der Zerfall der Demokratie. Wie der Populismus den Rechtstaat bedroht, München 2018; ausgewogen stattdessen: Günter Scholdt: Populismus: Demagogisches Gespenst oder berechtigter Protest? Marburg 2020.

9) Der italienische Politologe Marco Tarchi hebt die Sonderstellung dieser Parteien, die schon seit Jahren Regierungsmacht behaupten, in der populistischen Familie hervor und konstatiert bei ihnen einen dominanten Zug des kulturellen Traditionalismus und einer Politik von „Recht und Ordnung“ (so im Interview mit der *Jungen Freiheit* [51/2020], S. 3).

10) Als wichtiges Manifest dieser Gruppe ist anzuführen: Joachim Kuhs / Volker Münz / Holger Schmitt: Mut zur Wahrheit: Warum die AfD für Christen mehr als eine Alternative ist, Bad Schussenried 2020.

11) Philip Gorski: Am Scheideweg. Amerikas Christen und die Demokratie vor und nach Trump, Freiburg/Basel/Wien 2020, S. 192, der inhaltlich Schnittmengen wie die Ablehnung von Abtreibung und Homo-Ehe erkennt, aber auch die Ernennung linientreuer Richter.

12) Genauer analysiert bei Peter Nitschke: Der Tod der demokratischen Ordnung – Eine neoklassische Rekonstruktion, in: Zeitschrift für Politik NF 54 (2007), S. 141-161.

13) Als Auswahl für diese Meinung sind folgende Titel anzuführen: Walter Lesch (Hg.): Christentum und Populismus. Klare Fronten? Freiburg/Basel/Wien 2017; Stefan Orth / Volker Resing (Hg): AfD, Pegida und Co.: Angriff auf die Religion? Freiburg/Basel/Wien 2017; Liane Bednarz: Die Angstprediger. Wie rechte Christen Gesellschaft und Kirchen unterwandern, München 2018; als Kontrapunkt zum Hauptstrom dienen folgende Sammelbände: Felix Dirsch / Volker Münz / Thomas Wawerka (Hg.): Rechtes Christentum? Der Glaube im Spannungsfeld von nationaler Identität, Populismus und Humanitätsgedanken, Graz 2018; weiter dies. (Hg.): Nation, Europa, Christenheit. Der Glaube zwischen Tradition, Säkularismus und Populismus, Graz 2019.

14) Peter Tischleder: Die Staatslehre Leos XIII., Mönchengladbach 1925.

15) Immer noch grundlegend: Hans Maier: Revolution und Kirche. Zur Frühgeschichte der christlichen Demokratie, 5. Auflage, Freiburg/Basel/Wien 1988.

16) Carl Schmitt: Römischer Katholizismus und politische Form, 5. Auflage, Stuttgart 2008.

17) Zur Kritik dieses Kurses: Martin Lichtmesz: Notizen über Christentum, Populismus und die Religion des Globalismus, in: Dirsch / Münz / Wawerka: Rechtes Christentum (wie Anm. 13), S. 90-116.

18) Jacques Maritain: Christentum und Demokratie, Augsburg 1949.

19) Robert Kardinal Sarah (und Nicolas Diat): Herr bleibe bei uns. Denn es will Abend werden, Kißlegg 2019, S. 323.

20) Ebd.

21) Peter Neuner: Abschied von der Ständekirche. Plädoyer für eine Theologie des Gottesvolkes, Freiburg/Basel/Wien 2015.

22) Besonders stark rezipiert aus der Literaturfülle: Joseph Ratzinger / Hans Maier: Demokratie in der Kirche. Möglichkeiten und Grenzen. 2. Aufl. Limburg/Kevelaer 2005.

23) Für die evangelische Kirche: Kann Kirche Demokratie? Wir Protestanten im Streßtest, Freiburg/Basel/Wien 2019.

24) Von prominenter Seite ist zu nennen: Joseph Ratzinger: Das neue Volk Gottes. Entwürfe zur Ekklesiologie, Düsseldorf 1972 u.ö.

25) Walter Kardinal Kasper: Juden und Christen – das eine Volk Gottes, Freiburg/Basel/Wien 2020.

26) Neben Mounks Darstellung ist zu nennen: Steven Levitsky / Daniel Ziblatt: Wie Demokratien sterben: Und was wir dagegen tun können, München 2018, deren larmoyanter Unterton kaum zu überbieten sein dürfte.

27) Selbstkritische Anhänger der Liberalglobalisten kommen mitunter nicht umhin, die Überheblichkeit des eigenen Lagers zu bekritteln, um Reaktionen in Ländern wie Ungarn, Polen oder Rußland zu erklären. Als Beispiel ist das vielbeachtete Buch von Ivan Krastev / Stephen Holmes: Das Licht, das erlosch. Eine Abrechnung, Berlin 2019, zu erwähnen, das einen Bogen spannt von der anfänglichen Begeisterung für das westliche Lebens- und Gesellschaftsmodell vor drei Jahrzehnten bis zu den heutigen Reserven in den gleichen Staaten.

28) So mit Recht Joseph Ratzinger: Glaube – Wahrheit – Toleranz. Das Christentum und die Weltreligionen, Freiburg i. Br. 2003, S. 57.

Prof. Dr. phil. Felix Dirsch lehrt Politikwissenschaft mit Schwerpunkt Politische Theorie an verschiedenen in- und ausländischen Universitäten.